Petition 200267

Schadensersatzrecht/Haftpflichtrecht - Besserer gesetzlicher Schutz schwer geschädigter Unfallopfer durch Haftpflichtversicherer

Text der Petition	Mit der Petition wird ein besserer gesetzlicher Schutz schwer geschädigter Unfallopfer durch Haftpflichtversicherer gefordert. Versicherer sollen verpflichtet werden, substantiiert eingereichte Schadenspositionen fristgerecht, nachvollziehbar und mit prüffähiger Begründung oder Gegenrechnung zu bearbeiten. Bei unbegründetem Schweigen oder jahrelanger Verzögerung sollen wirksame aufsichtsrechtliche Sanktionen möglich sein.
Begründung	Schwer geschädigte Unfallopfer befinden sich nach einem unverschuldeten Verkehrsunfall häufig in einer extremen persönlichen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Ausnahmesituation. Besonders belastend ist dies, wenn bei demselben Unfallereignis zugleich ein naher Angehöriger getötet wurde. In solchen Fällen darf die Regulierung durch Haftpflichtversicherer nicht zu einer zusätzlichen Belastung werden. Nach meiner Erfahrung können Geschädigte jedoch über Jahre hinweg mit Verzögerungen, pauschalen Ablehnungen, fehlenden Gegenrechnungen, unklaren Zuständigkeitsverweisen und unbeantworteten Eingaben konfrontiert werden. Dadurch entsteht für Unfallopfer erheblicher wirtschaftlicher und psychischer Druck. Es darf nicht sein, dass ein schwer verletzter Mensch, der zugleich einen Angehörigen verloren hat, über viele Jahre hinweg um jede einzelne Schadensposition kämpfen muss, obwohl Ansprüche dem Grunde nach geklärt sind und Unterlagen substantiiert eingereicht wurden. Eine solche Regulierungspraxis kann dazu führen, dass Geschädigte aus Erschöpfung, finanzieller Not oder gesundheitlicher Überlastung berechtigte Ansprüche nicht mehr weiterverfolgen. Besonders problematisch ist, wenn Versicherer auf laufende Verfahren verweisen, Schadenspositionen nicht konkret prüfen, keine prüffähigen Gegenrechnungen vorlegen oder trotz fortbestehender Vorbehalte die weitere Bearbeitung faktisch verweigern. Für Unfallopfer ist dann kaum nachvollziehbar, welche Unterlagen noch fehlen, welche Berechnung zugrunde gelegt wird und warum eine Regulierung abgelehnt oder verzögert wird. Ich halte es daher für erforderlich, die Rechte schwer geschädigter Unfallopfer gesetzlich zu stärken. Haftpflichtversicherer sollten verpflichtet werden, substantiiert eingereichte Ansprüche innerhalb angemessener Fristen zu bearbeiten und ihre Entscheidung verständlich, konkret und überprüfbar zu begründen. Pauschale Ablehnungen oder jahrelanges Schweigen dürfen nicht folgenlos bleiben. Erforderlich sind insbesondere:

* verbindliche Bearbeitungsfristen bei schweren Personenschäden,
* eine Pflicht zu konkreten, prüffähigen Begründungen und Gegenrechnungen,
* klare Informationspflichten gegenüber Geschädigten,
* wirksame aufsichtsrechtliche Maßnahmen bei systematischer Verzögerung,
* ein besonderer Schutz für Unfallopfer bei schweren Personenschäden und Verkehrsunfällen mit Todesfolge.

Diese Petition richtet sich nicht nur gegen ein einzelnes Verhalten in einem Einzelfall, sondern betrifft ein grundsätzliches Problem: Unfallopfer dürfen nicht durch wirtschaftliche Überlegenheit, Verzögerung und Intransparenz zusätzlich belastet werden.

Wer unverschuldet schwer verletzt wurde oder einen Angehörigen verloren hat, braucht eine faire, transparente und zeitnahe Regulierung. Versicherungen dürfen nicht auf Zeit spielen, wenn Menschenleben zerstört wurden.